

Europawahl 2024: Manifest



ifaw

Drängende Herausforderungen und echte Lösungen

Im Juni 2024 wählen die Bürger:innen der Europäischen Union (EU) die Abgeordneten, die sie im neuen EU-Parlament in den folgenden fünf Jahren vertreten werden. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) vertreten die Interessen der Bürger:innen beim Entscheidungsfindungsprozess der EU. Und immer wieder rufen EU-Bürger:innen die politischen Entscheidungsträger:innen auf, Tier- und Umweltschutz zu verbessern.

Menschliches Handeln wie etwa die illegale oder nicht nachhaltige Ausbeutung wildlebender Tiere, Unterwasserlärm, Beifang von Meerestieren und Waldvernichtung hat zu einem erheblichen Rückgang der Artenvielfalt beigetragen. In der nächsten Wahlperiode stellen die Überarbeitung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, die Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 und des überarbeiteten Aktionsplans der EU zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels sowie eine starke Führungsrolle der EU bei multilateralen Umweltabkommen bedeutende Chancen dafür dar, diese zerstörerischen Praktiken anzugehen. Natur- und Wildtierschutz sind wichtige Instrumente im Hinblick auf die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und die Bekämpfung des Klimawandels.

Der IFAW ruft die EU auf, 2024 und in den nachfolgenden Jahren folgende Schritte umzusetzen, um zu einer besseren Zukunft für Tiere, Menschen und die Erde beizutragen.



Ein vom IFAW unterstützter Freiwilliger-Helfer rettet einen Hund, der tagelang im zweiten Stock eines überschwemmten Hauses in Solarolo, Emilia-Romagna, Italien, eingeschlossen war.

Illegaler Wildtierhandel

Die Europäische Union ist das drittgrößte Zielland für den illegalen Handel mit Wildtieren und stellt zudem einen bedeutenden Umschlagplatz dar. Illegaler Wildtierhandel ist eine der größten Gefahren für den Artenschutz und wirkt sich negativ auf die Stabilität von Ökosystemen sowie die regionale und globale Sicherheit aus. Der zunehmende Handel mit bedrohten Tieren auf Online-Marktplätzen in Europa gibt sowohl im Hinblick auf den Artenschutz als auch im Hinblick auf das Tierwohl Anlass zur Sorge.

Der IFAW ruft die EU zu folgenden Schritten auf:

- ▶ **Schnelle, wirksame Umsetzung des überarbeiteten Aktionsplans der EU zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels (WTAP), der 2022 verabschiedet wurde.** Der überarbeitete Aktionsplan ist bei der Bekämpfung des illegalen Wildtierhandels in den kommenden fünf Jahren (bis 2027) ein wichtiger Meilenstein. Setzen alle beteiligten Akteur:innen die vorgesehenen Maßnahmen in und außerhalb der EU vollständig um, könnten diese bedeutende Wirkung zeigen. Für die Umsetzung des Aktionsplans müssen unbedingt Mittel in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden, sowohl auf EU-Ebene als auch national. Zu den dringend erforderlichen Maßnahmen gehören zielgerichtete, sozialwissenschaftlich fundierte Schritte zur Reduzierung der Nachfrage, die auf Verhaltensänderungen bei Verbraucher:innen abzielen, die Umsetzung von EU-Beschränkungen des Elfenbeinhandels, der Erwerb entsprechender Ausrüstung und Kompetenzen durch Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie die bessere

Versorgung beschlagnahmter und sichergestellter Wildtiere mittels finanzieller Unterstützung für den Kapazitätsaufbau und für Einrichtungen zur Unterbringung von Tieren.

- ▶ **Verabschiedung von Rechtsvorschriften, durch die jeglicher Handel mit Wildtieren illegalen Ursprungs unter Strafe gestellt wird.**

In der EU wird mit zahlreichen bedrohten Arten bzw. deren Körperteilen gehandelt und damit gegen entsprechende Gesetze zum Wildtierschutz in den Herkunftsländern verstoßen, weil die Tiere nach EU- bzw. internationaler Gesetzgebung nicht geschützt sind. So werden nationale Schutzbemühungen untergraben. Aufgrund dessen können Wildtierhändler:innen diese Tiere in Europa mühelos schmuggeln. Der IFAW ruft die EU auf, Rechtsvorschriften zum Verbot von Einfuhr, Umladung, Kauf und Verkauf von Wildtieren zu erlassen, die in ihrem Ursprungsland illegal eingefangen wurden.

- ▶ **Einschränkung des legalen Handels mit exotischen Haustieren.**

Markt für exotische Haustiere und die Bandbreite betroffener Arten wachsen sowohl in der EU als auch international. In der EU muss der legale Handel mit exotischen Haustieren dringend strenger geregelt werden. Hierbei ist das Vorsorgeprinzip anzuwenden, damit Artenvielfalt, Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung sowie Tiergesundheit und Tierwohl geschützt werden. Der IFAW fordert eine Regulierung des Handels mit exotischen Haustieren durch Verabschiedung entsprechender Rechtsvorschriften wie etwa einer EU-Positivliste zugelassener Arten.



Der IFAW finanzierte die Rettung von vier Löwenjungern und einem schwarzen Leopardjungern aus einer privaten Zuchtanlage in der Ukraine für den Handel mit exotischen Tieren.

- ▶ **Verabschieden verstärkter Maßnahmen gegen Wildtier-Cyberkriminalität sowie Zuweisung ausreichender Mittel zum Aufspüren und strafrechtlichen Verfolgen von Wildtier-Cyberkriminellen.**

Seit dem Vormarsch des Internets verlagern Wildtierhändler:innen ihre Aktivitäten zunehmend online, um Zugang zu einem großen virtuellen Markt zu erhalten. Wildtierkriminalität wird somit zu einer cybergestützten Straftat. Um wirksam gegen Cyberkriminalität vorzugehen, müssen Strafverfolgungs- und Justizbehörden spezielle Ausrüstung und Kompetenzen erwerben, und die Privatwirtschaft (z. B. Online-Plattformen) muss streng reguliert werden. Außerdem wird die Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Organisationen und Wissenschaft beim Aufdecken von illegalem Online-Handel benötigt. Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau sowie finanzielle und politische Unterstützung sind Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung von Wildtier-Cyberkriminalität.

- ▶ **Bessere Versorgung beschlagnahmter und sichergestellter lebender Tiere.**

Es müssen dringend Anstrengungen unternommen werden, um die Lage

unzähliger Tiere zu verbessern, die aus dem illegalen Wildtierhandel gerettet wurden. Mit der Umsetzung des überarbeiteten WTAP bietet sich den EU-Mitgliedsstaaten die Gelegenheit, international anerkannte Leitlinien (CITES, IUCN) zum Umgang mit beschlagnahmten Wildtieren umzusetzen, Netzwerke spezialisierter, zuverlässiger Rettungsstationen zu unterstützen und auszubauen sowie die Bemühungen zu Rehabilitation und Auswilderung aus dem Handel geretteter Tiere zu verstärken. Das einheitliche, transparente Melden aller beschlagnahmten lebenden Tiere an CITES, Europol und die Ursprungsländer muss verstärkt werden, damit die gewonnenen Daten in Strafverfolgungsinitiativen und Strategien zum Schutz von Wildtieren genutzt werden können. Zusätzlich muss die Finanzierung von Kapazitätsaufbau und entsprechenden Schulungen für Strafverfolgungsbehörden sowie Unterbringungseinrichtungen für Tiere in das Budget zur Bekämpfung des Wildtierhandels aufgenommen werden, damit das Risiko von Zoonosen gesenkt, Strafverfolgungsmitarbeiter:innen geschützt und die Chancen erfolgreicher Strafverfolgungen maximiert sowie das Wohlergehen der Tiere gewährleistet werden können.

Meeresschutz

In europäischen Gewässern verlaufen wichtige Schifffahrtsrouten durch den Lebensraum von Wal- und Delfinpopulationen und anderen geschützten Meerestierarten. Sie überschneiden sich mit Gebieten, die für die Tiere von zentraler Bedeutung sind, weil sie dort fressen, ihre Jungen zur Welt bringen und aufziehen oder weil ihre Wanderrouten durch diese Gebiete verlaufen. Dies führt dazu, dass für die betreffenden Arten ein hohes Risiko besteht, mit einem Schiff zu kollidieren. Kollisionen können zu schwerwiegenden Verletzungen und häufiger noch zum Tod der Tiere führen.

Auch durch Schiffsverkehr verursachter Unterwasserlärm wirkt sich negativ auf Meerestiere aus. Meeressäuger brauchen ihren Hörsinn, um Futter zu finden, Fressfeinden auszuweichen, miteinander zu kommunizieren und sich zu orientieren. Durch Lärmbelastung sind sie in ihrer Fähigkeit beeinträchtigt, wichtige Klänge wahrzunehmen und zu deuten. Die Tiere werden gestört, und es kommt zu Stress und Vermeidungsverhalten.

Zusätzlich sind zahlreiche Arten wie etwa der Gemeine Delfin, der Gewöhnliche Schweinswal in der mittleren Ostsee, Haie, Wasserschildkröten und Meerestiere, durch Beifänge (bei der Fischerei ungewollt mitgefangene Tiere) gefährdet. Beifang trägt erheblich zu Schrumpfen und Aussterben von Populationen bei

Der IFAW ruft die EU zu folgenden Schritten auf:

- **Verabschiedung verpflichtender Maßnahmen zur Reduzierung der Geschwindigkeit von Schiffen und zum**

Verlegen von Routen weg von wichtigen Lebensräumen, um negative Auswirkungen von Unterwasserlärm und Schiffskollisionen auf Meerestiere zu verhindern.

Sowohl die Anzahl der Schiffe als auch die Geschwindigkeit, mit der sie fahren können, steigen in unseren Gewässern drastisch. Dies trägt aufgrund der höheren Emissionen zur Erderwärmung bei, verschärft das Problem des Unterwasserlärms und erhöht die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Schiffen und Meerestieren (Schiffskollisionen). Diese Probleme sind eine Gefahr für den Meeresschutz und müssen dringend angegangen werden. Zur Minderung von Unterwasserlärm und Kollisionsrisiko sind bereits Lösungen vorhanden. Hier haben sich sowohl eine Reduzierung der Geschwindigkeit von Schiffen als auch das Verlegen von Schiffsrouten als wirksam erwiesen. Weitere Informationen zum durch die Schifffahrt verursachten Unterwasserlärm sowie zu den existierenden Lösungsansätzen finden Sie auf der Website zu unserer

Blue Speeds-Kampagne:

<https://bluespeeds.org/de/>



- **Vollständige Umsetzung der geltenden Rechtsvorschriften wie zum Beispiel der Habitat-Richtlinie, der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und der Verordnung über technische Maßnahmen, mittels umgehender Verabschiedung wirksamer Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten zu Minimierung und Beendigung von Beifang.**

Der Beifang bedrohter, gefährdeter und geschützter Meerestierarten muss im Hinblick auf den Natur- und Artenschutz



Ein Blauwal beim Auftauchen mit einem Frachtschiff im Hintergrund.

Foto: Christian Loader / © IFAW

ein vordringliches Anliegen sein. So drohen beispielsweise mehrere Wal- und Delfinpopulationen aufgrund nicht nachhaltiger Fischerei in EU-Gewässern zu verschwinden, mit weiterreichenden Auswirkungen auf die Meeresumwelt sowie auf Produktivität und Leistungen von Ökosystemen. Mit der geltenden EU-Gesetzgebung wurden diese Belastungen geschützter Meerestierarten bisher nicht angemessen angegangen, weil die Mitgliedstaaten sie unzureichend umgesetzt haben. Es müssen dringend wirksame Minderungsmaßnahmen verabschiedet werden, zum Beispiel zeitliches oder gebietsbezogenes Aussetzen des Fischfangs, um Beifang wirksam zu minimieren und zu beenden.

- **Priorisierung der Umsetzung internationaler Handelsbestimmungen für Haiflossen und Haifischfleisch.**

Durch den internationalen Handel mit Haiprodukten sind nach wie vor zahlreiche Haiarten in ihrer Existenz bedroht. Die EU hatte maßgeblichen Anteil daran, dass die allermeisten gehandelten Haiarten bei der jüngsten Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) internationalen Kontrollen unterstellt wurden. Jetzt muss sie dafür sorgen, dass die entsprechenden Maßnahmen auch wirksam um- und durchgesetzt werden, in der EU und mithilfe von Unterstützung für Entwicklungsländer auch weltweit.

Katastrophenvorsorge und Katastrophenhilfe

In Europa haben sich Katastrophen und Notlagen – von Waldbränden bis hin zu schweren Überschwemmungen – in den letzten Jahren verschärft und treten deutlich häufiger auf. Sie verursachen Schäden an der Infrastruktur sowie wirtschaftliche Verluste und kosten Menschen das Leben. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat zu einer humanitären Katastrophe mit mehreren Millionen Geflüchteten geführt. Das Katastrophenschutzverfahren der EU, das der Katastrophenvorbeugung, der Katastrophenvorsorge und der Katastrophenhilfe dient, wurde in nie gekanntem Ausmaß aktiviert.

Leider fehlen im aktuellen Rahmen der EU für Katastrophenvorsorge Elemente zu Schutz und Rettung von Tieren sowie zur Rolle tierärztlicher Dienste. Dass Tierschutz in der EU nicht Bestandteil der Einsätze zur Katastrophenbewältigung ist, verzögert das Wirtschaftswachstum, widerspricht dem Konzept „One Health“ und führt dazu, dass schutzbedürftige Gemeinschaften sich langsamer erholen.

Der IFAW fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten zu folgenden Maßnahmen auf:

► **Einbeziehung von Tierschutz in die aktuelle Notfallplanung und das Notfallmanagement.**

Organisationen aus den Bereichen Bevölkerungsschutz und humanitäre Hilfe, Veterinär- und Tierschutzorganisationen müssen zusammenarbeiten, um Kapazitäten aufzubauen sowie Schulungen und Simulationsübungen

durchzuführen, damit die Katastrophenvorbereitung verbessert wird und erfolgreich auf Katastrophen reagiert werden kann. Die Umsetzung des zweiten Katastrophenresilienzziels der Europäischen Union (Vorsorgen) sollte auch Sensibilisierungsmaßnahmen zu Katastrophenrisiken sowie Maßnahmen zur Evakuierung und Versorgung von Tieren in Notfällen umfassen.

► **Bereitstellung von Ressourcen zur Einbeziehung des Tierschutzes in Konzepte für den Umgang mit humanitären Notsituationen.**

Durch Sicherstellung entsprechender Ressourcen – einschließlich Finanzierungsmitteln für die Einbeziehung des Tierschutzes in Maßnahmen zu Kapazitätsaufbau, Katastrophenvorsorge und Katastrophenbewältigung – können Mitgliedstaaten wie auch Empfänger:innen humanitärer Hilfe außerhalb der EU die Kapazitäten zur Katastrophenabwehr im Katastrophenmanagement-Zyklus erweitern.

► **Schaffung eines EU-Rechtsrahmens für die Einbeziehung aller Tierkategorien in das Katastrophenmanagement.**

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen Tiere in die Instrumente, Maßnahmen und Werkzeuge einbeziehen, die der besseren Vorbereitung auf Katastrophenrisiken, dem Umgang mit diesen sowie der Minderung der Folgen von Katastrophen für Menschen und ihren Besitz dienen. Die Europäische Kommission sollte den Mitgliedstaaten Leitlinien für den Umgang



Tierarzt Andrew Kushnir mit den Hunden einer vor dem Krieg in der Ukraine fliehenden Frau - einige der Hunde befinden sich in neuen Transportbehältern, die vom IFAW zur Verfügung gestellt wurden.

mit Tieren und den von ihnen versorgten Menschen an die Hand geben, um die Lebensgrundlage und das Wohlergehen

der Bürger:innen während und nach Extremereignissen zu schützen..

Internationale Politik

Die EU ist der größte Hilfegeber und ein wichtiger Akteur mit großem Einfluss auf internationale Maßnahmen. Als Stimmblock aus 27 Nationen kann die EU bei vielen internationalen Umweltabkommen eine bedeutende Rolle spielen.

Der IFAW fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten zu folgenden Maßnahmen auf:

► **Durch Verstärken und Erfüllen von Verpflichtungen im Rahmen multilateraler Umweltabkommen Führungsstärke der EU beim Wildtierschutz beweisen.**

Die zunehmende Gefahr des Artensterbens, die zahlreiche Wildtiere bedroht, muss dringend angegangen werden. Mehr denn je wird die Führungsstärke der EU bei Umweltabkommen gebraucht, wie etwa CITES, der Bonner Konvention (Convention on Migratory Species, CMS), der Biodiversitätskonvention (Convention on Biological Diversity, CBD) der Internationalen Walfangkommission (International Whaling Commission, IWC) und weiteren zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Einrichtungen. Die EU muss vorsorgliche, ambitionierte Initiativen zum Artenschutz voranbringen, mit denen die Hauptursachen des Rückgangs angegangen werden, wie Übernutzung von Arten und Verlust von Lebensräumen. Dies ist Voraussetzung dafür, dass der europäische Grüne Deal umgesetzt wird und internationale Verpflichtungen in Bezug auf Klima und Artenvielfalt sowie Katastrophenresilienz erfüllt werden, einschließlich des Pariser Klimaschutzübereinkommens, der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDG), des Sendai-Rahmenwerks für Katastro-

phenvorsorge und des globalen Biodiversitätsrahmens für die Zeit nach 2020.

► **Sicherstellen, dass der nächste mehrjährige Finanzrahmen der EU ehrgeizige Zielvorgaben für Ausgaben im Bereich Klima- und Umweltschutz enthält.**

Die externe Dimension des europäischen Grünen Deals ist ein wichtiges Instrument zur Abstimmung der EU-Politik in den Bereichen globale Entwicklung, Klima und Artenvielfalt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass im Rahmen des nächsten „Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt)“ ausreichend finanzielle Mittel für laufende und künftige Maßnahmen in den Bereichen Artenvielfalt, Umwelt und Klima weltweit bereitgestellt werden.

► **Sicherstellung der Umsetzung einer wirkungsvollen Meerespolitik.**

Das vor Kurzem vereinbarte neue Hochseeabkommen der Vereinten Nationen ermöglicht die Einrichtung von Meeresschutzgebieten (marine protected areas, MPAs) in der Hohen See – in den Teilen des Meeres, die außerhalb nationaler Grenzen liegen und die Hälfte der Erdoberfläche bedecken. Als größter Lebensraum der Erde ist die Hochsee das Zuhause von Millionen unterschiedlicher Arten und unsere größte Verbündete im Kampf gegen den Klimawandel. Laut dem neuen Abkommen sollen bis zum Jahr 2030 30% der Weltmeere unter Schutz gestellt werden. Auf dieses Ziel hatte man sich Ende letzten Jahres im Rahmen des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal geeinigt. Um dieses

ehrgeizige Ziel zu erreichen, müssen die Regierungen das neue Abkommen nun unverzüglich annehmen, ratifizieren und umsetzen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich zur Ratifizierung noch vor der

dritten UN-Meereskonferenz 2025 verpflichten und bei der ersten Tagung zum Hochseeabkommen ambitionierte Vorschläge für Meeresschutzgebiete voranbringen.

Klimawandel

Erhalt und Schutz von Arten, die Wiederherstellung sowie das wirksame Management von wichtigen Ökosystemen und Lebensräumen von Wildtieren zählen zu den wirksamsten, wirtschaftlichsten Möglichkeiten zur Eindämmung des Klimawandels. Dieser Ansatz darf weder die notwendige drastische Senkung der Treibhausgasemissionen noch den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen ersetzen, doch damit die Ziele des Pariser Klimaschutzübereinkommens erreicht werden können, muss es parallel zu dieser globalen Anstrengung höchste Priorität haben, den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen und die Umsetzung solcher natürlichen Lösungsansätze zu beschleunigen.

Der IFAW ruft die EU zu folgenden Schritten auf:

► **Förderung von Renaturierung und naturorientierten Lösungen als Mittel zur Eindämmung des Klimawandels.**

Es gibt immer mehr wissenschaftliche Belege dafür, dass Schutz und Wiederherstellung von Wildtierpopulationen als natürliche Klimalösungen dienen können. Viele Arten tragen erheblich dazu bei, Lebensräume und Ökosysteme in ihrer Fähigkeit zu stärken, mehr Kohlenstoff zu binden. Die wertvolle Rolle von Wildtieren in Bezug auf Bindung und Speicherung

von Kohlenstoff sollte in Ausarbeitung und Umsetzung von EU-Initiativen einfließen, die dem Erhalt der Artenvielfalt und der Bekämpfung des Klimawandels dienen.

► **Verpflichtung zum schnellen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, sowohl in der EU selbst als auch durch internationale Hilfe und Handel.**

Wildtiere und Artenvielfalt können bei der Eindämmung des Klimawandels und entsprechender Anpassung eine maßgebliche Rolle spielen. Die Erderwärmung stellt jedoch für beide eine immer größere Gefahr dar. Die existenzielle Bedrohung von Menschen und Wildtieren durch die Erderwärmung muss vor allem durch die zügige Senkung der Treibhausgasemissionen und den schnellen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen angegangen werden. Die EU muss die Umsetzung ihres national festgelegten Beitrags im Rahmen des Pariser Klimaschutzübereinkommens weiter intensivieren, diesen ambitionierter gestalten und sich zum zügigen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen in der EU selbst sowie mittels Hilfe und Handel auf der ganzen Welt verpflichten.



Über den IFAW - Der IFAW (International Fund for Animal Welfare) ist eine weltweit tätige gemeinnützige Tier- und Naturschutzorganisation. Wir retten und rehabilitieren Tiere und wildern sie wieder aus. Außerdem widmen wir uns dem Schutz und der Wiederherstellung ihrer natürlichen Lebensräume. Zur Bewältigung der Herausforderungen, vor denen wir gegenwärtig stehen, arbeiten wir mit den Menschen vor Ort, mit Regierungen, NGOs und Unternehmen zusammen. Gemeinsam bereiten wir neuen, innovativen Ansätzen den Weg, um Menschen und Tieren ein gutes Leben zu ermöglichen.

IFAW Deutschland
Max-Brauer-Allee 62-64
22765 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 / 866 500-0
info-de@ifaw.org

[@ifawEU](http://www.ifaw.org/de)

Kontakt für weitere Informationen:
Raphael Heinetsberger
Pressesprecher IFAW Deutschland
presse@ifaw.org

Foto Titelseite: Tyson Mayr / © IFAW
Ein Elefant und ein junges Kalb
trinken an einer Wasserstelle im
Hwange-Nationalpark, Simbabwe.

Foto Rückseite: © Tom Burns
Ein Blauhai schwimmt im Ozean.



▶ **So geht's:**
ifaw.org